



Robert Falch ist geschäftsführender Gesellschafter bei der Minda-Gruppe, Minden.



Sven Hohorst, Vorsitzender der Geschäftsführung der Firma Wago in Minden.



Armin Gauselmann ist Mitglied des Vorstands der Gauselmann-Gruppe, Espelkamp



Alfred Dalpke leitet die Dalpke-Group in Bad Oeynhhausen.



Michael Pütz ist Mitglied des Vorstands der Harting-Technologiegruppe, Espelkamp.



Anja Ruschmeier ist Geschäftsführerin der Lübbecke-Firma Be Co Matratzen.



Henrik Follmann ist Mitgesellschafter der Follmann-Gruppe, Minden.



Patrick Jacob ist Geschäftsführer von Jacob Rohrsysteme in Porta Westfalica.

Unternehmer setzen Zeichen

Vorstand des Arbeitgeberverbandes besorgt über Fremdenhass

Lübbecke/Minden (WB). Die Vorfälle in Chemnitz und Köthen und die Reaktionen darauf besorgen die heimischen Unternehmer. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes Minden-Lübbecke wendet sich jetzt in einer Erklärung gegen Gewalt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Als »Stimme der Wirtschaft« möchte der Vorstand des Arbeitgeberverbandes (AGV) deutlich zum Ausdruck bringen, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer der Region Minden-Lübbecke jede Art von Gewalt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verurteilen und sich Tendenzen in diese Richtung entschlossen entgegenstellen. »Die wirtschaftliche Lage unseres Landes ist so gut und stabil wie seit Langem nicht – die Auftragsbücher sind gut gefüllt und die Arbeitslosigkeit ist auf einem historischen Tiefstand; dennoch scheint es bei mehr und mehr Menschen in unserem Land so zu sein, dass Ängste und Unzufriedenheit zunehmen«, fasst der Geschäftsführer des AGV, André M. Fechner, zusammen. Diese Gefühlslage zeige sich inzwischen in offener Ausländerfeindlichkeit aber auch darin, dass Äußerungen politischer Positionen radikalisiert würden und diese damit vom Grundrecht der freien Meinungsäußerung offensichtlich nicht mehr gedeckt seien.

Es stehe außer Frage, dass sich jeder, der sich in Deutschland aufhält, an die geltenden Gesetze zu halten habe. Aber: »Unabhängig von Nationalität, Hautfarbe und Religion sind Gesetzesverstöße ausnahmslos im Rahmen der gültigen Rechtsordnung zu ahnden und zu sanktionieren. Das gilt für Gewaltverbrechen genauso wie für Volksverhetzungen«, betonen die Vorstandsmitglieder.

Die Unternehmer weisen zudem darauf hin, dass die erschreckenden Bilder, die in den vergangenen Wochen heraus in die Welt getragen wurden, Eindruck im Ausland hinterlassen. »Wollen wir tatsächlich als ein Land wahrgenommen werden, in dem Nichtdeutsche unter Beifallsbekundungen und offenen nationalsozialistischen Parolen von Gruppen mit eindeutig rechtsradikalem Gedankengut gejagt werden? Das kann und darf nicht im Interesse der Zukunft unseres Landes sein!« Die gesamte Wirtschaft und ins-

besondere auch die Unternehmen der Region Minden-Lübbecke seien auf Zuwanderung angewiesen – nur durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus dem Ausland dazu kommen, lasse sich dem demografischen Wandel entgegenwirken und der Wohlstand si-

chern, so die Auffassung des AGV. »Durch internationale und multikulturelle Belegschaften können wir auch in Zukunft unsere Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit in einer immer globaler werdenden Welt erhalten. Darüber hinaus ist eine Sicherung unserer

Sozialsysteme (insbesondere der Renten- und Krankenversicherung), die von der Politik als sicher bezeichnet werden, ohne Zuwanderung nicht möglich.«

Doch dafür sei es notwendig, dass sich Menschen aus dem Ausland in Deutschland willkommen fühlen und sich frei und ohne Angst vor Anfeindungen bewegen können. Der AGV-Vorstand: »Hier ist die gesamte Gesellschaft unseres Landes aufgerufen, dafür Sorge zu tragen. Gleichzeitig bleibt

Stimmen der AGV-Vorstandsmitglieder

Robert Falch (Minda Industrieanlagen, Minden): »Als international tätiges Unternehmen dürfen wir uns täglich mit anderen Kulturen auseinandersetzen. Das ist ein Privileg, was uns auch eine andere, positivere Sicht auf die Integration von »Fremden« in unserem Land ermöglicht. Wir als Unternehmen brauchen Zuwanderung und eine offene Gesellschaft – dafür setzen wir uns täglich mit Herzblut ein und fordern alle auf, gemeinsam die Ursachen der aufkeimenden Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen.«

Dr. Michael Pütz (Harting Technologiegruppe, Espelkamp): »Aufgewachsen in einem friedlichen, weltweiten und toleranten Nachkriegsdeutschland hätte ich mir nicht vorstellen können, dass rechtsextremes Gedankengut und Ausländerfeindlichkeit in unserem Land die Wahrnehmungsschwellen wieder deutlich übersteigen könnten. Nicht nur die Politik, sondern alle gesellschaftlichen Kräfte sehe ich aufgerufen, sich an der Bekämpfung der Ursachen dieser Entwicklung zu beteiligen.«

Sven Hohorst (Wago Kontakttechnik, Minden): »Die Verletzung des Artikels 1 des deutschen Grundgesetzes (»Die Würde des Menschen ist unantastbar«) durch gewaltbereite Personen darf nicht einfach hingenommen werden. Das ist gemeinschaftliche Aufgabe.«

Alfred Dalpke (Dalpke Group, Bad Oeynhhausen): »Wir sind ein Unternehmen mit internationalen Mitarbeitern und auf deren Arbeitsleistung angewiesen. Aus diesem Grund und aus Gründen der Menschlichkeit können derartige Vorgehensweisen nicht toleriert werden. Es ist aus unserer Sicht dringend notwendig, dass die Politik

mehr Präsenz zeigt und mehr Verantwortung übernimmt.«

Anja Ruschmeier (Be Co Matratzen, Lübbecke): »Wir als mittelständisches Unternehmen mit einer multikulturellen Belegschaft distanzieren uns von jeder Form von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Selbstjustiz und ebenso von gewaltbereiten Menschen – das alles gehört für uns nicht zu einem demokratischen, friedlichen und vom Grundgesetz geprägten Deutschland.«

Armin Gauselmann (Gauselmann AG, Espelkamp): »Da wir ein multinationaler Konzern sind, der auf allen fünf Kontinenten vertreten ist und über 13.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rund um die Welt beschäftigt, erklärt sich unsere Einstellung von alleine. Unsere internationale Ausrichtung (und damit einhergehende Firmenphilosophie) sagt mehr als viele Worte.«

Dr. Henrik Follmann (Follmann Chemie, Minden): »Als Unternehmer stelle ich mich mit meiner ganzen Kraft gegen Gewalt, Anfeindungen und Ausgrenzung, von welcher Seite auch immer. Unser Wohlstand und unser friedliches Leben hängt wesentlich ab von einer gemeinsamen Wertegemeinschaft, unseren demokratischen Grundwerten und den Prinzipien des Rechtsstaats.«

Patrick Jacob (Jacob Rohrsysteme, Porta Westfalica): »Wir sehen es als unsere gesellschaftliche Pflicht, den Anfängen zu wehren und appellieren an uns alle in Deutschland und Europa, einen Beitrag gegen Ausgrenzung, Rassismus und rechtes Gedankengut zu leisten und sich dafür einzusetzen, dass Toleranz, gegenseitiger Respekt und Offenheit zentrale gelebte Werte unserer Gesellschaft sind und bleiben.«

»Wir distanzieren uns eindeutig und unmissverständlich von jeglicher Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.«

Vorstand des Arbeitgeberverbandes Minden-Lübbecke

die Politik gefordert, im Hinblick auf die eingeschlagene Flüchtlings- und Asylpolitik passende und klare Einwanderungsgesetze zu erlassen und umzusetzen, um den Menschen, die zu uns kommen, schnellstmöglich eine klare Perspektive bezüglich eines Verbleibs in Deutschland und damit eine Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt zu verschaffen.«

Der Arbeitgeberverband will gemeinsam mit den Unternehmen der Region Minden-Lübbecke seinen Teil dazu beitragen, dass sich ausländische Mitarbeiter in den Betrieben aufgenommen fühlen und mit ihren Familien schnell heimisch werden. »Wir distanzieren uns eindeutig und unmissverständlich von jeglicher Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und rufen nicht nur unsere Belegschaften, sondern alle Menschen der Region Minden-Lübbecke auf, sich jeglichen diesbezüglichen Tendenzen friedlich und dennoch klar und deutlich entgegenzustellen.«

Unter dem Dach des Arbeitgeberverbandes Minden-Lübbecke (AGV) werden die Interessen der hiesigen Arbeitgeber gebündelt: Für derzeit 168 Mitgliedsunternehmen mit mehr als 29.000 Arbeitsplätzen und fast 1.700 Ausbildungsplätzen vertritt der AGV als »Stimme der regionalen Wirtschaft« die arbeitgeberseitigen Positionen in der Öffentlichkeit und setzt sich für die stetige Verbesserung der Standortbedingungen ein.